

Hansgeorg Münch - Haushaltsrede 2020 – es gilt das gesprochene Wort am 06.02.2020

**Sehr geehrter Herr Stadtverordnetenvorsteher,
sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Kolleginnen und -kollegen,
meine sehr geehrten Damen und Herren,**

Wir haben uns auch dieses Jahr wieder die Frage gestellt: „Was ist eigentlich unsere Aufgabe bei den Haushaltsberatungen?“

Eckwerte benennen – haben wir im letzten Jahr gelernt.

Oder Steuern erhöhen um unsere Wünsche an die Verwaltung zu finanzieren? Ich dachte immer wir wären eine Art Kontrollorgan das aufpasst, ob wir uns als Stadt in allen Belangen im Sinne unserer Bürger entwickeln. Doch welche Kontrollmöglichkeiten haben wir?

Der Haushalt ist eine handwerkliche Leistung der gesamten Verwaltung. Eine extrem komplexe Zusammenführung aller Leistungen unserer Stadt. Um hier einen Einblick zu bekommen haben wir in den letzten Jahren immer wieder verlangt, dass man mit externer Beratungsunterstützung versucht

Optimierungspotenziale bei den Verwaltungsabläufen zu identifizieren und dann auch mittel- bis langfristig die notwendigen Verbesserungen durchzuführen. Vor allem dann, wenn eine interne Umstrukturierung sowieso vorgesehen ist im Moment der Fall ist. In den Wirren der letztjährigen Haushaltsverhandlungen waren wir dann letztes Jahr plötzlich ganz nah dran und standen kurz davor, dass eine solche umfassende externe Beratungsunterstützung beschlossen werden sollte. Aber dann, konnte der Bürgermeister seine Koalition im letzten Moment doch noch einfangen. Es sei für die Mitarbeiter nicht zumutbar und nehme die letzte Motivation, wenn man jetzt auch noch damit komme. Schließlich müsse ja auch

noch das Onlinezugangsgesetz umgesetzt werden. Und in Teilbereichen wie beim Bauhof bzw. der Abteilung Grün wolle man dann auch Unterstützung bei der Umsetzung dieser Umstrukturierung in Anspruch nehmen.

Am Ende wurde aber dann die Chance vertan, externes Know How zu nutzen. Stattdessen wird weiter im eigenen Saft gekocht.

Damit haben wir einen „Fixkostenblock Verwaltung“ zu dem wir als Kommunalpolitiker wenig bis gar nichts sagen können. Durchblick haben wir nicht bekommen, danke liebe Koalition!

Wir können auch nicht nachvollziehen, wie andere Fraktionen hier meinen Beurteilen zu können, dass die von der Verwaltung zusätzlich beantragten Stellen nicht gebraucht werden. Wenn wir ehrlich sind, kann das wohl keiner von uns Stadtverordneten wirklich beurteilen. Es liegt am Ende in der Verantwortung unseres Verwaltungschefs, der das ja auch sicher im Detail geprüft hat. Uns drängt sich da die Frage auf, ob die SPD ihrem Genossen Bürgermeister eigentlich noch vertraut, wenn sie einen Antrag stellt diese wichtigen zusätzlichen Stellen nicht zu schaffen?

Bürgermeister und Kämmerer wollen von uns am liebsten nur noch besagte Eckwertebeschlüsse. Die Politik bestellt und die Verwaltung sagt uns dann was geliefert werden kann und ob wir uns das leisten können. Es gibt doch heute schon keinen finanziellen Spielraum mehr, wie wir immer vorgerechnet bekommen.

Laut Herrn Huber hat man große Anstrengungen unternommen, um bei den Sach- und Dienstleistungen der einzelnen Produkte insgesamt 1 MIO € einzusparen, um einen positives Ergebnis bei den Planungen vorzuweisen. Wir Stadtverordnete können nicht

beurteilen wie weit die einzelnen Budgetverantwortlichen an die Grenzen des Möglichen gehen mussten. Es hat uns nur gewundert, dass es wohl doch möglich ist, wenn es denn sein muss. Was wir im Moment tun können, ist Steigerungen in einzelnen Positionen zu erkennen und eine Erklärung einfordern um den Haushalt besser zu verstehen. Leider müssen wir die Erklärungen aber auch immer noch einfordern. Einen Antrag der regeln sollte wann eine Erklärung automatisch gegeben wird, gab es ja schon im letzten Jahr und dieses Jahr auch wieder. Auf Anfrage über die Software der IKVS oder persönlich bei unserer Klausurtagung haben wir dann ja auch Antworten erhalten. Vielen Dank dafür, Herr Huber und Herr Naiyanart. Doch selbst das führt nicht unweigerlich zum Verständnis, weil viele Positionen durch die Umstrukturierung der Verwaltung, trotz mühselig angefertigter Bereinigungstabellen gar nicht wirklich vergleichbar sind.

Um das Ergebnis zu verbessern haben wir nur wenige Instrumente. Eine Möglichkeit ist Einsparungspotenziale zu suchen die wir hauptsächlich bei unseren freiwilligen Leistungen finden können. Aber wer will schon über die Maßen bei der Kultur sparen, wenn wir immer wieder als heimliche Kulturhauptstadt des Landkreises gehandelt werden? Eine Möglichkeit wäre es schon die Eintrittsgelder für verschiedene Veranstaltungen zu erhöhen, so dass die städtischen Zuschüsse zurückgefahren werden könnten. In diese Richtung zielt ja auch unser Prüfantrag der ihnen vorliegt aber zunächst in Teil B verschoben wird und in einer der nächsten Sitzungen aufgerufen wird. Oder vielleicht am Winzerfest sparen? Nein das ist ebenfalls ein Aushängeschild!

Die Energieberatung ist noch freiwillig. Aber halt wir sind doch Brundlandstadt.

Und die Flüchtlingsbetreuung wäre doch eigentlich auch eine Aufgabe des Kreises? Nein, das haben wir auch lieber selbst in der Hand.

Wir haben kaum etwas gefunden, das man zurückfahren könnte ohne den Zorn der Bürger, also potenziellen Wählern oder der anderen Kommunalpolitiker auf sich zu ziehen. Und davor hat die Politik ja die größte Angst.

Die Rentenberatung wäre vielleicht so ein Service der nicht unbedingt nötig wäre. Im Zeitalter der Computer und Telefone sollte es doch auch möglich sein, nicht unbedingt mit einer eigenen Instanz im Rathaus, sondern bei den eigentlich zuständigen Rententrägern direkt die Rentenbelange zu klären. Deshalb möchten wir mit unserem Antrag prüfen lassen, wie dieser Service genutzt wird und ob er noch notwendig ist. Eventuell mögliche Personaleinsparungen sollten natürlich „sozialverträglich“ umgesetzt werden. Nach wie vor haben wir beim Personal die höchsten und konstantesten Kostensteigerungen im Haushalt. Trotz der zunehmenden Digitalisierung die vieles einfacher machen soll, werden immer mehr Stellen benötigt, weil zusätzliche Aufgaben entstehen. Wir verwalten uns zu Tode! Abgesehen von den tariflichen Steigerungen die regelmäßig die Personalkosten erhöhen sind es insgesamt 6 Stellen um die die Verwaltung erweitert werden soll, und das bei gleichbleibenden Einwohnerzahlen. Vielleicht hätten mit Hilfe einer externen Analyse die Abläufe so gestaltet werden können, dass man ohne zusätzliche

Stellen ausgekommen wäre. Von den Stellen für die Kinderbetreuung natürlich abgesehen.

So, müssen wir dies wahrscheinlich hinnehmen oder uns einen Eingriff in Verwaltungsbelange vorwerfen lassen, was uns nicht zusteht.

Was bleibt ist, für höhere Einnahmen zu sorgen. Also Steuern zu erhöhen. Diesen Vorschlag gab es dann auch von der Verwaltung. Ganz aktuell hat sich aber unsere Ertragssituation durch höhere Zuweisungen ja dann doch noch etwas verbessert. Zumindest die Grundsteuer B bleibt jetzt auf dem gleichen „erhöhten“ Niveau wie bisher. Doch die Damen und Herren der SPD hatten den Bürgern eine „Hand drauf“ gegeben, dass der Hebesatz hier wieder zurückgeführt wird. Und das, sollten wir uns jetzt alle mal merken. Steuern die einmal angehoben wurden, werden nie wieder gesenkt. Auch wenn es versprochen war. Aber warum wurde der Hebesatz der Grundsteuer B eigentlich angehoben? Weil man in der Konsolidierungsphase nach der Finanzkrise die Einführung einer Strassenbeitragssatzung verhindern wollte und deshalb die Haushaltsplanung entsprechend mit weiteren Mitteln ausstatten musste. Wir finanzieren also den Erhalt unserer innerörtlichen Strassen zumindest teilweise mit der Anhebung der Grundsteuer B. Die SPD möchte mit einem Antrag jetzt die Grundsteuer A, die für Ackerland abgeführt wird, auf das Niveau der Grundsteuer B anheben. Hätte man die zu vermeidende Strassenbeitragssatzung nicht damit kompensiert könnte die Grundsteuer B ja vielleicht aber auch noch bei 340 Punkten oder nur ein wenig höher sein. Schauen wir z.B. nach Weiterstadt, hier hat man 395 Punkte bei beiden Steuerarten, aber auch eine Strassenbeitragssatzung mit

wiederkehrenden Beiträgen. Jetzt erklärt bitte mal den Landwirten was sie mit der Strassenbeitragssatzung zu tun haben.

Der Haushaltsausgleich wird immer schwieriger weil die Kosten immer weiter ansteigen. Da kann man natürlich damit reagieren, dass man die Einnahmen erhöht und einfach eine Gruppe damit belastet, die nicht viele Stimmen kostet. Die Landwirte verdienen aber bekanntermaßen kaum noch etwas mit Ackerbau und Viehzucht – wenn sie nicht sogar schon von der Substanz leben. Existenzsicherung gelingt in der Regel nur noch über Sonderkulturen oder außerlandwirtschaftliche Zusatzgeschäfte bzw. Nebenerwerb. Die Gesellschaft wünscht sich aber immer größere Beiträge von den Landwirten – sei es beim Gewässerschutz oder beim Landschaftsschutz. Kann es da richtig sein, einfach willkürlich eine Grundabgabe zu erhöhen? Sicher nicht.

60 Hebesatzpunkte bedeuten 26.500 €. Das mag nicht viel Geld sein, das der hiesigen Landwirtschaft aber direkt oder indirekt verloren geht. Eine leichte Anpassung würden die Landwirte sicher auch noch hinnehmen. Aber eine Angleichung an die Grundsteuer B bis 2024 mit einem derzeitigen Hebesatz von 525 Punkten sowie sie von der SPD Fraktion gefordert ist, sehen wir hier nicht gerechtfertigt. Ich denke auch diesem Gremium dürfte nicht entgangen sein, dass die Bauern Deutschlandweit und sogar Europaweit zu Protesten auflaufen, weil sie mit den Weltmarktpreisen und anderen Rahmenbedingungen nicht mehr zurecht kommen. In Zeiten wie diesen, in denen immer mehr Landwirte die Flinte ins Korn werfen, geben wir hier kein gutes Signal an unsere heimische Landwirtschaft, meine Damen und Herren.

Es ist natürlich immer einfacher die Steuern zu erhöhen als sich mit den Kosten auseinander zu setzen. Aber auf Dauer wird das so nicht funktionieren können. Wir werden uns alle dem Thema Kosteneinsparung stellen müssen. In diesem Sinne haben wir hier auch schon zwei Themen in die Diskussion gebracht.

Die Landwirtschaft ist für einen Teil der Nitratproblematik verantwortlich das streiten die Landwirte auch gar nicht ab und tun ja seit vielen Jahren mit Unterstützung der AGGL auch etwas dagegen. Immer höhere Auflagen beispielsweise bei der Ausbringung von Wirtschaftsdüngern bringen Verbesserungen aber erhöhen auch die Kosten. Der hier eingeschlagene Weg funktioniert gut und sollte gemeinsam mit den Landwirten auch weiter verfolgt werden. Es gibt aber eben auch viele andere Quellen teils natürlichen Ursprungs und Teils eines Ursprungs den die Allgemeinheit zu verantworten hat wie zum Beispiel alte Mülldeponien, das trockenlegen von Moorgebieten durch zu hohe Wasserförderung und eben defekte Abwasserrohre. Die beiden erstgenannten Quellen für Nitrat sind Fehler unserer Vorfahren die wir nicht mehr heilen können. Nur im Bereich der Kanalrohre können wir als Stadt negative Entwicklungen ausgleichen, was wir dringend tun sollten. Wir haben dazu heute einen Antrag auf der Tagesordnung. Die Herkunft des Nitrats eintrags einmal zu bestimmen ist ein Antrag der CDU Landesfraktion die sich im hessischen Ried darum kümmern möchte. Wir begrüßen diesen Antrag und sind gespannt, was dabei herauskommt.

Antrag Zukunftsforum

Wasser und Abwasser sind wichtige Teile unserer Infrastruktur die in Ihrer Substanz und auch ihrer Dimension der begrenzende Faktor für unsere weitere Entwicklung in Groß-Umstadt sind. Weitere Faktoren sind KITAs und Schulen aber auch die Verkehrsinfrastruktur. Wir weisen immer mehr Wohnbauflächen aus um von Einkommens-, Mehrwertsteuerumlagen und natürlich „Hand drauf“ Steuer B zu profitieren. Die Gewerbegebiete sollen ausgeweitet werden, um weitere Gewerbesteuerzahler nach Umstadt zu holen. Wo wollen wir eigentlich hin in unserer Entwicklung in und mit Groß-Umstadt? Wo sind die Grenzen? Wieviele Menschen verkraftet unsere Infrastruktur? Was ist sinnvoll bei der derzeitigen demographischen Entwicklung mit der Ein- bis Zweikindstrategie der meisten Familien? Und was wollen eigentlich die Bürger?

Diese ganzen Fragen sollten wir versuchen zu klären, bevor wir einfach immer weiter vorwärts laufen und Folgekosten produzieren die wir nicht mehr bezahlen können. Deshalb haben wir den Antrag zu einem Zukunftsforum gestellt, das diese Dinge unter Mitwirkung der Bürger Groß-Umstadts und einer vorzugsweise externen Moderation klären soll. Der Antrag dazu wird heute allerdings in Teil B der Tagesordnung und damit auf eine der nächsten Sitzungen verschoben.

Noch ein paar Worte zu unserer Verwaltung. Die zusätzlichen Stellen habe ich ja schon kritisiert. Ob die Entscheidung das Holzkontor im Rathaus unterzubringen wirklich sinnvoll war, möchten wir bezweifeln. Ich hoffe, dass die Mieteinnahmen den Mehraufwand für unsere Verwaltung ausgleichen. Andere Kommunen bauen Rathäuser um die Verwaltung zu zentralisieren.

Bei uns wird immer weiter dezentralisiert auf mittlerweile vier Gebäude. Ob das der richtige Weg ist die Verwaltung effektiv zu machen, sei einmal dahin gestellt. Wir sehen das nicht unbedingt so.

Ob wir dem Haushalt hier zustimmen können ist noch nicht klar und wird abhängig sein, von der ein oder anderen Entscheidung heute Abend.

Vielen Dank